

ab und insoweit überhaupt die heute nur gar zu große Theorie einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie praktischer Ausführet. Man kann die Antwort auf diese Frage getrost dem Wählergebnis überlassen. Es bedeutet aber eine gefährliche Verwirrung des öffentlichen Bürgertums, wenn man den Streit darüber, was nach den Wahlen in Sachsen wird, über Gebühr in den Vordergrund schiebt und damit was das in Frage stellt, was das erste und oberste Ziel der ganzen Wählerarbeit sein muß: die bürgerliche Mehrheit. Denn ohne sie hat weder die härteste Forderung noch die leichteste Verpflichtung irgend einer Partei zur bürgerlichen Gemeinshaftarbeit einen praktischen Zweck. Der unfruchtbarsten theoretischen Erörterung über die Haltung der Parteien nach den Wahlen ist bereits die Einheitsliste der nationaldemokratischen Parteien zum Opfer gefallen, und damit hat man sich des besten Hilfsmittels, das ein gemeinsames Wahlprogramm notwendig auch für die spätere Zusammenarbeit bietet, beraubt. Es ist eine Selbstverleumdung, das das Ziel eines gemeinsamen darzustellenden Wahlkampfes auch eine Regierung sein muß, die dieser Wahlfront entspricht. Insofern wird jeder bürgerliche Wähler diesem Ziele der überparteilichen Wählerarbeit, die mit ihrer Artung zum Zusammenwirken der politischen Willensbildung des gesamten sächsischen Bürgertums einhergehen, in sachlicher Zustimmung zustimmen. Man hätte aber die Grenzen der politischen Zweckmäßigkeit bedauerlicherweise bereits überschritten, als man an der Frage der Däumung der Deutschen Volkspartei nach den Wahlen die Einheitsliste schenken ließ. Und es kann nur eine Schwärzung des auch heute noch vorhandenen, von der deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei klar betonten Willens zur Gemeinshaftarbeit bedenklich sein, wenn man durch ein einseitiges Ein und Wieder von Erklärungen die Schuldfrage an dem Scheitern der Einheitsliste zu Tode best. Man kann die grundsätzliche Erörterung darüber, was nach den Wahlen wird, um so eher aus den gegenwärtigen Erörterungen ausschalten, als wohl kaum im neuen Landtage noch Parteierklärungen geäußert sein dürften, die ein Weiterarbeiten auf der gegenwärtigen Basis der Koalition mit den D. V. P. Parteien ermöglichen könnten. Wir haben heute im Landtage 19 deutschnationale, 19 Volksparteier, 8 Demokraten, 23 K. V., 15 Nationaldemokraten und 9 Kommunisten, 19 Volksparteier und 5 Demokraten ergeben aber erst 27 Abgeordnete. In einer Stimme Mehrheit im Landtage fehlen dann noch 22 Nationaldemokraten! Das aber jemals die Partei Band in einer diese Zahl auch nur annähernd erreichenden Stärke in den

Landtag einzusetzen könnte, ist eine absolute Unmöglichkeit. Woher soll aber sonst wohl eine Koalitionsmehrheit unter Einfluß der Nationaldemokratischen Partei kommen? Denn eine neue Koalitionssitzung auf der gegenwärtigen Basis wird auch dann kaum wahrscheinlich sein, wenn die Wirtschaftspartei, deren Bereitschaft zu dieser Koalition heute noch mehr als fraglich ist, den beiden Rechtsparteien einige Mandate abnimmt und sich koalitionsbereit zeigen sollte. Es ist ein Streik um Reichers Part, der heute zwischen den Wehrverbänden und der Deutschen Volkspartei ausgedehnt wird, eine unfruchtbarste theoretische Auseinandersetzung, die es außer acht läßt, daß Koalitionen keine Parteiverflechtungen darstellen, und die mit ihrer Verwirrung der Bäckerschaft das große Ziel des Wahlkampfes, die bürgerliche Mehrheit, nur gefährdet.

Darum Schluß mit den Auseinandersetzungen, die mit ihren schädlichen Wirkungen auf die bürgerlichen Wähler Sachiens sehr leicht das Gegenteil dessen herbeiführen können, was man sich die Wehrverbände sichern zu müssen glauben: die Wiederkehr der sozialistischen Landtagsmehrheit. Unter der Parole „Nie wieder Sozialfaschismus“ steht das gesamte sächsische Bürgertum im Kampf. Und das eine liegt heute fest: Wenn eine bürgerliche Mehrheit im neuen Landtage zustande kommt, dann wird am besten die Deutsche Volkspartei Sachiens nicht einen Augenblick zögern, durch eine bürgerliche Koalition das zu verwirklichen, wofür sie im Wahlkampf eintritt. Kommt aber diese bürgerliche Mehrheit nicht zustande, dann hat auch die vorherige Verflechtung auf eine solche Koalition keinen Zweck. Die Stabilisierung der bürgerlichen Mehrheit in Sachsen, wie sie die absolute Mehrheit für Ostpreußen ummischverhältnis zum Ausdruck gebracht hat, ist das Ziel, hinter das alle Gegenstände zurücktreten müssen. Und niemand kann daran zweifeln, daß die Bildung einer bürgerlichen Koalition in Sachsen, das ein derartiges klares Hervortreten der Volkswillens, wie es ein bürgerlicher Wahltag im industriellen Sachsen bedeuten würde, von härtestem Einfluß auf die Koalitionssitzung im Reich und nicht zuletzt auf die künftige Haltung des Senrums, auf die es im Reich ganz besonders ankommt, sein würde. Sachsen muß und wird durch die klare politische Notwendigkeit der Parteien aus dem theoretischen Bereich führen, in dem heute die wichtigsten innenpolitischen Frage zu verlesen droht. In Sachsen wird die politische Praxis, wird der auf bürgerliche Zusammenarbeit gerichtete Wille der bürgerlichen Wähler das gewichtigste Wort sprechen. Und darum hat nach all den akademischen Erörterungen der letzten Tage jetzt die sächsische Bäckerschaft das Wort.

Reichskanzler Michaelis und die päpstliche Friedensaktion.
Rein schuldhaftes Verhältniss.

Berlin, 4. Oktober. Von Seiten des Reichsstaats, aus Anlass der Unterzeichnung des Zusammenbruchs im Jahre 1918 wird darauf hingewiesen, daß das von dem Abg. Dr. Vredt über dem Deutschen Reichstag im Weltkrieg veröffentlichte Gutachten, ohne daß der Ausschuss sein eigenes abschließendes Urteil veröffentlicht hätte, der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht worden sei. Es sei ein Mißverständnis, wenn jetzt Versprechungen bereits laut werden, die die Thesen des Berichterstatters Vredt als Ergebnis der Untersuchung ansehen. In das Gutachten Vredt habe sich eine bedeutende Ausdrucksanpassung in der führenden Mitglieder des Kriegsausschusses über die Politik ihrer Fraktionen Kusschluß gegeben und den Berichterstatter in manchen Punkten mit Entschiedenheit angegriffen haben. Ueber die Sonderfrage der Behandlung der päpstlichen Friedensaktion

des Jahres 1917 sei folgendes zu bemerken:
Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis und der Staatssekretär a. D. Kahlmann hätten früher vor dem zweiten Unter Ausschuss, dem die Untersuchung der Friedensmöglichkeiten aufgetragen war, ihre Haltung gegenüber der päpstlichen Aktion dargelegt. Diesem Unter Ausschuss haben sie selbst Aktensätze, aus denen der Gutachter Prof. Dr. Vredt seine Schlüsse zieht, vorgelesen. Der Unter Ausschuss ist bei nicht zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Friedensmöglichkeit schuldhaft verabsäumt worden sei.

Im Zusammenhang des Gutachtens Vredt war aber die Frage nicht dahingestellt, ob eine Friedensmöglichkeit nicht schuldhaft verabsäumt worden sei, sondern ob die Reichsregierung die Mitglieder des Reichsstaats bzw. einen kleinen internen Kreis über ihre Politik der Kurie gegenüber auszurechen unterrichtet habe. Diese Frage sei vom Gutachter Vredt mit Schärfe verneint worden. Bevor der Ausschuss zu einem Urteil über diesen Punkt gelangen könne, sei die Bernehmung der Herren Dr. Michaelis und v. Kahlmann erforderlich.

Ausflug der Volkspartei-Zagung in Köln.

Generaldirektor Voegler über die wirtschaftliche Entwicklung.

Köln, 4. Oktober. In der Sitzung des Industrie-Ausschusses der D. V. P. führte Generaldirektor Voegler weiter aus:

Man hat in letzter Zeit viel von internationaler Verhandlung gehört und es läge nahe, auch bei der Rohle zu einer solchen Verhandlung zu kommen. Wir haben diese Verhandlung schon vor Jahren versucht. Wir glaubten auf einen Weg gefunden zu haben, aber die Einzelnen lebten die Verhandlung ab, indem sie die Verhandlungen immer weiter auf die lange Bank schoben. Richtiglich in der Eisenzeit

zustande gekommen. Es ist eine bedeutsame Tatsache, daß Länder, die noch vor kurzem als heftige Gegner politisch und wirtschaftlich gegenüberstanden, es unternommen haben, ihre Erzeugung darauf aufeinander abzustimmen, daß jeder Zuwachs des einen auch einen Zuwachs für den anderen bedeutet. Die Voraussetzung dafür ist, daß die beiden Parteien nicht auf Kosten der einen, sondern auf Kosten der beiden leben. Wir haben trotz dem geglaubt, das Abkommen abzuschließen zu können, weil wir optimistisch leben bezüglich der weiteren Entwicklung der Dinge. Aus dieser Verhandlung wird ein harter wirtschaftlicher Impuls entstehen. Die Bedeutung dieses Abkommens liegt darin, daß die wirtschaftliche Verhandlung nur auf die Dauer Bestand haben kann, wenn heraus auch eine politische Verhandlung erfolgt. Das eine ohne das andere ist nicht möglich. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Welt kann nicht behoben bleiben, wenn nicht Streikemans seinen politischen Pakt zustande bringt. (Beifall.) Wir haben in dem Optimismus, daß wir einer gesunden Zeit entgegengehen, diesen Pakt beschließen. Mit diesem wirtschaftlichen Pakt wird auch der Stabilisierungskampf im Weizen gefördert.

Als Aufgabe der nächsten Zukunft bezeichnet Dr. Voegler vor allem

Einem Ueberblick über die Entwicklung der Verkehrs-mittel gab der dritte Redner, Abgeordneter Dr. W. Wildenmeier. Die staatliche Leitung der Verkehrsfragen leide unter verletzter Organisation. Die Wirtschaft solle ja nicht glauben, daß ihr ein verlässlicher Transportweg aus den Wasserstraßen nur genügt sein könnte. Sie müßte ja doch nur die Kosten für die Verhaltung dieser Transportmittel auf dem Wege über die Steuer tragen. Unter ganzem Verkehrsbedürfnisse bedürfte einer vollkommenen Neuorganisation, die die Höhe des Verkehrs stark erhöht, noch mehr aber die Kosten so verteilt, daß die verschiedenen Transportmittel unter gleichen Bedingungen wieder miteinander in Wettbewerb treten können. Schließlich sei die zerrissene geographische Gestaltung Deutschlands noch als eine große Schwierigkeit der deutschen Verkehrsplanung zu erwähnen. Man brauche nur einen schmerzlichen Blick auf Ostpreußen und Oberschlesien zu werfen, um die ungeheuren Schwierigkeiten zu erkennen, die hier zu überwinden sind. (Beifall.)

In der Aussprache nahm zunächst das Wort

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius.

Der Minister verweist im wesentlichen auf seine gestrige Rede. Das schwerste Problem, so erklärte der Minister, dem wir in der Regierung gegenübersehen, ist die Lösung des Problems: Was ist eigentlich Wirtschaft? Es ist doch nur einmal die Tatsache, daß die Landwirtschaft und die übrige Wirtschaft nicht nur in der Regierung organisatorisch getrennt sind, sondern auch tatsächlich innerhalb unseres Volkswirtschaftlichen Interessens liegen. Es ist sehr schwierig, sie zum Ausgleich zu bringen. Genau die gleiche Frage ergibt sich im Verhältnis zwischen Arbeitnehmerschaft und Unternehmern. Gegensätze bestehen auch in der Fertigung und Rohindustrie.

Ich denke nicht daran, ohne Zustimmung mit den maßgebenden Führern der Trade und Kartelle ein Kartellgesetz vorzulegen. Eine Auseinandersetzung über die Frage des Zusammenarbeitens wird stattfinden müssen. Die wirtschaftlichen Diskussionen in den letzten Wochen sind fruchtbar gewesen als vieles, was in den letzten Jahren gesagt wurde. Wir haben eine Fülle von Anregungen und Material bekommen und die beglückende Erkenntnis gewonnen, daß eigentlich sich alles zusammenrangiert, daß die Gegensätze nicht größer, sondern kleiner geworden sind und daß es deshalb möglich sein werde, mehr und mehr einen Ausgleich zwischen Staat und Wirtschaft und in der Wirtschaft selbst herbeizuführen. (Lebhafte Beifall.)

Damit hatten die Verhandlungen des Parteitages ihr Ende gefunden.

Das Ergebnis des Kölner Parteitages.

Das parteiamtliche Organ der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, hat das Ergebnis des Kölner Parteitages in folgender Betrachtung zusammengefasst: Der Parteitag hat mit einer Deutlichkeit, die alle Zweifel ausschließt, gezeigt, daß die Partei und ihre Führer zu einer unzerbrechlichen Einheit zusammengewachsen sind. Sollte noch einmal der Versuch unternommen werden, sie voneinander zu trennen, so wird man derartige Marderverfahren vormalig als lächerlich abtun können. Die Partei hat die realpolitischen Gedanken Stresemanns und seine Verhandlungspolitik in sich aufgenommen bis zu einem Grade und Umfang, den am besten die Ausführungen des Generaldirektors Dr. Voegler in der besondern Tagung der volksparteilichen Handels- und Industrie-Ausschusses in Düsseldorf bezeugen. Innenpolitisch gesehen, ist das Ringen um die Staatsform derart ausgefallen, daß es wohl niemanden in der Partei gibt, der das Experiment einer Änderung der Staatsform am lebendigen Leibe des Deutschen Reiches versuchen wollte. Die Frage der Regierungssysteme ist kaum gestreift worden, nicht, weil der Parteitag sie gering schätzte, sondern weil er als die höchste Instanz des Parteitages auf dem Standpunkte steht, daß Koalitionsfragen taktische Fragen sind, die in erster Linie die parlamentarischen Abwehrkräfte angehen. Das ist kein Stopp in der Entwicklung des politischen Denkens, sondern lediglich die Anerkennung gegebener politischer Realitäten.

Der Verlauf der wirtschaftspolitischen Verhandlungen auf dem Parteitag hat noch eine besonders erfreuliche Tatsache aufgedeckt. Der Parteitag hat die Rede des Vertreters der Landwirtschaft, der in der Aussprache noch von drei anderen Landwirten unterstützt wurde, ebenso wie die Darlegungen der Vertreter der Arbeitnehmer und des Mittelstandes mit gleichbleibendem Interesse aufgenommen. Er hat auch mit gleicher Anteilnahme die Reden des Handels- und Industrie-Ausschusses verfolgt. Das in allen diesen Reden manchmal die Interessen einzelner Stände und Wirtschaftskreise lebhaft betont wurden, ist ihm natürlich nicht entgangen. Aber in der Verteilung wirtschaftspolitischer Fragen ist die Deutsche Volkspartei über den Rahmen einer einzelnen Partei hinausgegangen. Sie läßt jedem einzelnen Stände das selbstverständliche Recht, seine besonderen Interessen vorzulesen.

Die Einigung der Beamtenverbände.

(Durch Funksprache)

Berlin, 4. Okt. Der Deutsche Beamtenbund teilt mit: Die angekündigten offiziellen Verhandlungen zwischen dem Deutschen Beamtenbund und dem Gesamtverband deutscher Beamtenvereinigungen haben am Montag, dem 4. Oktober, stattgefunden. Sie führten zu einer völligen Uebereinkimmung. Die Zustimmung der beiderseitigen obersten Gewerkschaftsorgane, Bundesrat des Deutschen Beamtenbundes und Kongress des Gesamtverbandes, die beide zum 7. Oktober einberufen worden sind, dürfte nach diesem Ergebnis nicht mehr zweifelhaft sein. Damit werden sich 110000 Beamte in dem parteipolitisch neutralen neuen Bunde vereinigen. (D. V. P.)

Der Dank des Reichspräsidenten.

Berlin, 4. Okt. Das Bureau des Reichspräsidenten gibt folgenden Erlaß des Reichspräsidenten bekannt: Auch in diesem Jahre sind mir zu meinem Geburtstag aus allen Teilen des Reiches und von Deutschen aus dem Ausland zahllose Glückwünsche zugegangen, deren Einzelbeantwortung mir leider unmöglich ist. Allen, die freundlich meiner Gedächtnisse haben, spreche ich daher auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus und bitte sie zugleich, mir mit weiterer Zusammenhalten im fester Bemühen um die Befriedigung und Befreiung unseres Vaterlandes.

v. Hindenburg, Reichspräsident.

Eröffnung der 4. Preussischen Polizeiwache.

Berlin, 4. Okt. Heute wurde die 4. preussische Polizeiwache durch den preussischen Innenminister Seewitz eröffnet. Der der Hofnung Ausdruck gab, die künftigen Verhandlungen mit den Interalliierten müßten das Ergebnis haben, daß eine weitere Herabsetzung der Kopfsteuer und Verminderung der Organisation der Polizei nicht mehr notwendig werde. Durch die große Polizeiausstellung sei ein großer moralischer Erfolg in der Richtung festzustellen, daß bei den Polizeirefern des Auslandes die Auffassung akzeptiert worden sei, daß etwa die deutsche Polizei zur Auffassung der Polizei des Auslandes dienen solle. Die ausländischen Vertreter seien des Lobes voll gewesen über die deutsche Polizei, aber niemals habe er ein Wort davon gehört, daß die Polizei als Verehrer angesehen werde. Es sei also das Mithrasden des Auslands in gewisser Weise zerbrochen worden. Der Minister meinte ferner, wenn die Schupo, die am heutigen Tage ihren 6. Geburtstag feiere, in letzter Zeit nicht mehr so hart eingelebt worden sei, so könne man das als erfreuliches Zeichen der besonnenen Konfolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse bezeichnen. Der Einsatz der Schupo gegen irreguläre Volksgewalten sei immer ein bitterer Entschluß gewesen.

Den ersten Vortrag hielt der Leiter der Berliner Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Weich, über „Polizei und innere Politik“.

Der Hamburger Streik von den Kommunisten angezettelt.

Hamburg, 4. Okt. Die Lage im Hamburger Hafen ist am dritten Tage der wilden Streikbewegung ziemlich verändert. Nur in einigen Betrieben wird gearbeitet. In kommunistischen Flugblättern wird erklärt, daß die R. V. D. Streikunterstützung sucht. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die ruhige Arbeiterchaft von der R. V. D. im Kampfe um politische Ziele zum Vordan benutzt wird. Das beweist auch der Verlauf einer Versammlung, die gestern von den Kommunisten in Hamburg abgehalten wurde und in der der Reichstagsabgeordnete Thalman zur Lage sprach. Das Bestreben, die Streikbewegung auch auf andere Häfen auszuweiten, ist nicht gelungen. So ist es z. B. in Lübeck zu einer Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gekommen. (Z. V.)

Wilder Hafenarbeiterstreik in London.

London, 4. Okt. In den Londoner Docks brach heute erwarteterweise ein wilder Streik aus, dessen Ursache auf die bereits in der Zeit des Generalstreikes zurückgehende Weigerung der Londoner Hafenbehörde zurückzuführen ist, einem Mitglied der Hafenarbeitergewerkschaft die Erlaubnis zum Betreten des Hafengebietes zu geben. Bis auf ganz wenige Arbeiter sind die Docks leer. Bislang konnten alle Schiffe mit verderblichen Waren geladnet werden. Wenn der Streik nicht innerhalb der nächsten zwei oder drei Tage beendet wird, ist zu erwarten, daß sich die Verschiffungen von London aus verzögern werden.

Ein Riesenschiff der Junkerwerke.

(Durch Funksprache)

Dessau, 4. Okt. Die Junkerwerke sind jetzt mit dem Bau eines Riesenschiffes für 100 Flugzeuge beschäftigt. Das Flugzeug soll eine Länge von 125 Meter erhalten, von vier Motoren angetrieben werden und aus einer einzigen flügelartige bestehen. Dinten in dem Rumpf sind Räume für die Woll, Frucht, Vorräte und für dienstfreie Mannschaften angeordnet. Im vorderen Teil befinden sich die D. Zugartigen Röhren für 100 Flugzeuge. Oberlichtfenster und elektrische Röhren. Die als Höhensteuer dienenden Flächen des Flugzeuges enthalten Speltes- und Aufnahmestände. Der neue Typ soll namentlich für Flug über den Ocean dienen. (D. V. P.)

die Befegung des Inlandsmarktes.

Der Redner empfahl dem Reichsverkehrsminister, die Kanalbauten nicht zu übertrieben. Man sollte den Mittellandkanal wissenden und eventuell den Danialkanal bauen, aber weiter nichts.

Am Schluß wies Dr. Voegler darauf hin, daß es ein Irrtum sei, wenn die protektionistischen Politiker glauben, der Wirtschaft dauernd Hilfe anlegen zu können, indem sie eine Schranke nach der anderen durch das Wirtschaftsgebiet ziehen. Auf die Dauer lassen die Wähler es sich nicht gefallen, daß Millionen von Arbeitlosen infolge einer falschen Politik als eine ständige Gefährdung der Wirtschaft heranzulaufen. Die Schranken werden und müssen fallen. Wir stehen im Anfang eines neuen Zeitalters, dem die Wissenschaft und die Technik ein hervorragendes Gefüge geben. Ich bin sehr überzeugt, daß sich aus dieser Tatsache auch die Grundlage zu einer neuen Kultur entwickeln wird. Noch niemals hat die Masse, sondern immer nur die Persönlichkeit den Fortschritt bedeutet. Wenn es uns in der kommenden Zeit nicht an Persönlichkeiten mangelt, dann brauchen wir um die Zukunft unseres Volkes nicht zu bangen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

In seinem Vortrag über

Steuer- und Handelspolitik

führte Abg. Reznath u. a. aus: Die bisherigen Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden, die eine Verdoppelung der Steuerlast gegenüber 1913 herbeigeführt haben, dürfen für die Steuerregelung insbesondere bei dem nächsten Finanzausgleich nicht maßgebend sein, da in größerem Umfang außerordentliche Ausgaben aus laufenden Steuermitteln gedeckt worden sind. Auch die Sparankheit läßt noch sehr viel zu wünschen übrig, namentlich bei den Gemeinden. Der leider verabschiedete neue Finanzausgleich muß entschiedene Besserung bringen. Im ganzen muß jedenfalls für den Steuerzahler eine geringere Gesamtbelastung herauskommen. Besonders ist zu fordern eine Senkung der übertriebenen Höhe der Einkommensteuer und die nur als vorübergehende Notstandsmaßnahme eingeführte Grundsteuer. Der vom Präsidenten Müller geforderten Verweisung dieser Steuer kann nicht zugestimmt werden, zumal der Anteil für die amtliche Neubauschätzung ohnehin in kurzer Zeit in Wegfall kommt. Nachdem in der letzten Steuerermäßigung fast nur Verbrauchssteuern erwähnt worden sind, müssen nun die direkten Steuern den Vorrang haben. Der Handelspolitik ist durch die angehörte Bevölkerungspolitik und die Dames-Pahlmann die Aufgabe härterer Exportförderung vorgeschrieben. Leider sind die bisherigen Ergebnisse der Handelsverhandlungen trotz guten Willens auf deutscher Seite nicht befriedigend. Die wirtschaftliche Annäherung würde für alle Völker den Markt und den Abfall vergrößern und erkannliche Wirkungen auf die allgemeine Prosperität ausüben. Bleibt aber jene Annäherung aus und tritt auch die innenpolitische Senkung der öffentlichen Lasten nicht ein, so sind schwere Erschütterungen der Wirtschaft, vielleicht eine Katastrophe unvermeidlich.